

Öffentliche Fragestunde - Planungsausschuss am 5. November 2014 Fragen zum Areal West, Bebauungsplanverfahren Altona-Altstadt 56/ Ottensen 59

Es stehen nun also 4 Bebauungsplan-Varianten zur Auswahl - nachdem der Wettbewerb zur Bebauung längst stattgefunden hat.

Auf ein Luftschadstoff- und Geruchsgutachten soll verzichtet werden - um Kosten zu sparen: „Weiterhin konnte zwischenzeitlich durch das Fachamt die Notwendigkeit eines Luftschadstoff- und Geruchsgutachtens sowie eine Untersuchung zu Störfallbetrieben in Abstimmung mit den Behörden ausgeschlossen werden, was zu einer weiteren Kostenreduzierung (ca.20.000,-€) führt.“

Hamburgs Luftverschmutzung liegt weit über den geforderten EU-Richtlinien. Heute berichtet der NDR, dass der B.U.N.D. deswegen gegen Hamburg klagt.

Unter anderem führt Herr Braasch vom B.U.N.D. an: „Ein Beispiel ist die Landstromanbindung von Schiffen im Hafen. Da könnten etwa 4.100 Tonnen Stickoxide im Jahr vermieden werden, doch statt alle Schiffe perspektivisch zur Landstromanbindung zu verpflichten, beschränkt man sich auf Kreuzfahrtschiffe - die ein Einsparpotenzial von nur 123 Tonnen haben.“

1. Wie kann es unter diesen Umständen angehen, dass hier, wo Wohnungsbau entstehen soll, auf Luftschadstoff- und Geruchsgutachten verzichtet wird?
2. Was werden Sie, die Fraktionen, unternehmen, damit hier keine Gesundheitsschäden durch extreme Luftverschmutzung entstehen?

Die Bebauung auf dem Areal West soll 5,5 m höher werden, als die Vorgaben des Amtes es vorsehen. Das Amt hat am 21. März 2012 bereits darauf hingewiesen, dass hier „bei Verwirklichung dieser Bauabsichten die Elbsichten vom Elbhöhenweg endgültig verbaut wäre.“

Am 18. September 2013 beschließt der Planungsausschuss, dass sich auch an die Vorgabe von 21 m Straßenbreite nicht gehalten werden muss.

3. Welcher der Bebauungsplan-Varianten garantiert am besten, dass der Elbblick nicht verbaut wird und die Straßen nicht zu eng?
4. Was werden Sie dafür tun, dass der Elbblick für normale Fußgänger erhalten bleibt?

In der gemeinsamen Stellungnahme von SPD, CDU, Grüne und FDP zu dem Bürgerentscheid „Bürgerwillen verbindlich machen!“ ist zu lesen, dass eine Einmischung der Bürgerinnen und Bürger „stets eine der entscheidenden Grundlagen für sachgerechte Entscheidungen darstellen muss“. Die Politik müsse die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Und „dies geht nur, wenn die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Gehör finden und diese direkt etwas bewegen können“.

5. Was werden Sie dafür tun, dass die Bevölkerung ausreichend in die Planung einbezogen wird?

Mit freundlichen Grüßen
Dörte Schmidt-Reichard
für

anna elbe

WEITBLICK FÜR HAMBURG

Wir sagen NEIN zum Ausverkauf
von städtischen Räumen

an@annaelbe.net
<http://www.annaelbe.net>